



Inés Arrimadas Die Liberale will Kataloniens Regierungschefin werden. *Von Christian Zürcher*

Sterben für Katalonien

Niemand hat das vor ihr gewagt. Wenn sie beruflich unterwegs ist, wenn sie in Katalonien als Politikerin vor die Leute tritt, dann spricht sie das harte kastilische Spanisch und nicht das weiche Katalanisch, sie artikuliert womöglich noch ein bisschen rollender und schärfer als sonst. Die Sorge, ihre Zuhörer zu brüskieren, kennt sie nicht - zu geschickt ist sie rhetorisch.

Inés Arrimadas ist Oppositionsführerin in Katalonien und als solche gegen eine Abspaltung von Spanien. Nun will sie in den vorgezogenen Neuwahlen vom 21. Dezember Nachfolgerin des abgesetzten Regierungschefs Carles Puigdemont werden, den sie wegen seiner Flucht nach Brüssel als «Feigling» bezeichnet.

Ihre Wahlchancen sind intakt. Die «Weltwoche» schrieb jüngst von einer «knisternd schönen jungen Frau, die einem Film Pedro Almodóvars entsprungen» scheine. Nun gut, die 36-Jährige vermag noch weitere Argumente anzuführen, weshalb sie die Richtige für das Amt ist. Sie hat einen Plan: Sie will die Uhren Kataloniens sieben Jahre zurückdrehen. Damals begannen die Bemühungen für eine Abtrennung, viel Geld wanderte in deren Propaganda. Seitdem zogen Firmen davon, Arbeitsplätze gingen verloren, der Tourismus begann zu kränkeln. Arrimadas will diesen Trend in ihren ersten 100 Amtstagen umkehren.

Die Leute trauen ihr das zu, auch wegen ihres Lebenslaufs. Sie war als Kind scheu, besuchte aber trotzdem eine Schauspielschule, dann studierte sie Jus, wurde Anwältin und arbeitete als Firmenberaterin in Barcelona. 2010 stieg sie in die Politik ein - zur gleichen Zeit kam die Separationsbewegung ins Rollen. Diese spaltet nun nicht nur Spanien, sie fräste auch mitten durch Arrimadas' Familie. Ihr Mann ist ebenfalls Politiker, er befürwortet die Abspaltung, legte aber zugunsten seiner Frau sein Abgeordnetenmandat nieder. Es ist Arrimadas' Signal dafür, dass es nun an der Zeit sei, persönliche Ressentiments abzulegen.

Der Frau kommt dabei zugute, dass ihre Partei Ciudadanos in Spanien so etwas wie Macrons En Marche in Frankreich ist: also in erster Linie liberal und daher weder links noch rechts schubladisierbar. Ein Problem hat die Politikerin aber: Ihre Partei ist zu schwach, sie braucht politische Partner. Einer davon ist die Volkspartei von Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy, durchzogen mit korrupten Politikern und in Katalonien sehr unbeliebt.

Momentan sieht es so aus, dass es sehr knapp werden könnte, dass am Ende womöglich gar die Separatisten siegen könnten. Was das für Arrimadas bedeuten würde, dürfte man vor ein paar Tagen an einer Wahlkampfveranstaltung erleben. Sie rief ins Publikum: «Stellt euch vier weitere Jahre vor mit Gerichtsverhandlungen!» Und gab die Antwort gleich selbst: «Ich würde sterben.»



Kolumne Michael Hermann

Schillernde Neunzigerjahre

Es bedarf einer gewissen zeitlichen Distanz, damit die Konturen einer Epoche richtig fassbar werden. Genau ein Vierteljahrhundert ist der historische Abstimmungsentscheid nun her, bei dem sich eine knappe Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aussprach. Und mehr denn je stellt sich im Rückblick die Frage, wie der Bundesrat im Vorfeld dieser Abstimmung so naiv sein konnte, ein Beitrittsantrag bei der EU zu deponieren und damit den Gegner mit dem bestmöglichen Argument auszustatten. Nämlich, dass es sich bei der EWR-Abstimmung bloss um einen schlecht getarnten EU-Beitritt handle.

Der mit knapper Mehrheit gefällte Bundesratsentscheid mag Ausdruck politischer Leichtgläubigkeit gewesen sein. Er steht jedoch vor allem für die ganz besondere Stimmungslage dieser Zeit. Bis wenige Jahre zuvor hatte kaum jemand mit dem unvermittelten Wegbrechen der eisernen und festgefrorenen Weltordnung des Kalten Kriegs gerechnet. Dann fiel die Berliner Mauer und bald darauf das sowjetische Imperium. Es war, wie wenn in einer dunklen, miefigen Kammer plötzlich die Fenster weit aufgestossen wurden.

«Müllhaufen der Geschichte»

«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Diese griffige Formel, die auf einen nicht ganz so elegant formulierten Rat Michail Gorbatschows an Erich Honecker zurückgeht, der sich vehement gegen die Öffnung der DDR stemmte, beherrschte den Geist jener Zeit. «Die Kammer entrümpeln», «alte Zöpfe abschneiden» - diese Vorstellungen begründeten die Aufbruchstimmung der 1990er-Jahre. Und sie prägten wahrlich nicht nur die progressiv-urbane Hälfte der Gesellschaft. In der konservativen Zentralschweiz wurde eine Landsgemeinde nach der anderen auf dem «Müllhaufen der Geschichte» entsorgt. Heute dagegen gehören die beiden letzten Landsgemeinden scheinbar unauflöslich zur Identität von Appenzell und Glarus.

Traditionelle Volksfeste, die nun wieder boomen, hatten damals mit Teilnehmerschwund zu kämpfen und selbst die SVP (die zugegebenermassen noch leicht anders positioniert war) stand in den frühen 1990er-Jahren hinter der Unausweichlichkeit eines mittelfristigen EU-Beitritts der Schweiz. Beinahe als Letzter hält heute ausgerechnet Christoph Blocher am Konzept der Unausweichlichkeit eines EU-Beitritts fest. Freilich mit dem stets gleichen Zusatz, dass nur er uns dafür bewahren könne.

Mit zeitlichem Abstand werden die Konturen klarer. Die Vorstellung, dass vom Leben bestraft wird, wer zu spät kommt, hat nicht an Kraft

verloren. Präziser müsste es allerdings heissen: Bestraft wird, wer den richtigen Moment verpasst. Veränderungen sind oft nur in kurzen, fluiden Phasen der Geschichte möglich. Danach formieren sich die Gegenkräfte, und der Elan beim Entrümpeln und Einrichten erlahmt. Wer kennt es nicht: Stehen die Möbel einmal an ihrem neuen Platz, lassen sie sich kaum noch verrücken - als seien sie auf einmal in Blei gegossen. Hätte der Bundesrat 1992 das offene Zeitfenster besser genutzt und weniger naiv agiert, die Schweiz hätte sich womöglich zusammen mit Norwegen ganz gemütlich im EWR eingenistet.

Der «unausweichliche Zerfall»

So ist es nicht gekommen und die Aufbruchs- und Öffnungstimmung der schillernden Neunzigerjahre drehte sich Schritt für Schritt in ihr Gegenteil. Von der Geschichte gelernt haben wir jedoch kaum. Wer etwas von sich hielt, prophezeite spätestens mit dem Höhepunkt der Eurokrise 2012 den unausweichlichen Zerfall Europas und seiner «Fehlkonstruktion», dem Euro. Dabei ist dieser Geschichts determinismus nicht weniger naiv als die Vorstellung einer stets fortschreitenden Integration. Anders als Optimisten haben Pessimisten jedoch kaum mit Spott zu rechnen. Der angedrohte Niedergang verleiht den Mahnern eine Aura düsterer Überlegenheit. Bundesrat Adolf Ogi dagegen wird bis heute für seine Aussage im Vorfeld der EWR-Abstimmung verspottet, diese sei bloss das Trainingslager für den späteren EU-Beitritt.

Zwischenzeitlich brummt die europäische Wirtschaft wieder, und der Euro findet zu alter Stärke zurück. Womöglich ist es an der Zeit, die negative Erzählung einer EU im unausweichlichen Zerfall zu überdenken. Dies geht wohlgehemmt, auch ohne dass bei der «Unausweichlichkeit» einmal mehr bloss das Vorzeichen gewechselt wird.

«Bestraft wird, wer den richtigen Moment verpasst.»



Michael Hermann

Der Politgeograf wechselt sich mit Schauspielerin und Autorin Laura de Weck und Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm ab.

Jerusalem Der US-Präsident will Fakten schaffen - und könnte den Nahostkonflikt erneut anheizen. *Von Alexandra Förderl-Schmid*

Trumps Brechstange

Diplomatie war noch nie Donald Trumps Stärke. Aber was den US-Präsidenten dazu gebracht hat, ausgerechnet jetzt das heikle Thema Jerusalem anzugehen, weiss nur er. Denn Trump hat seinen Schwiegersohn Jared Kushner und seinen Nahostbeauftragten Jason Greenblatt in den vergangenen Wochen ausgeschickt, um viele Gespräche zu führen. Sie sollen dazu führen, den «ultimativen Deal» hinzukriegen: Frieden zwischen Israelis und Palästinensern. Aber ob er das tatsächlich schafft, indem er den ersten vor dem zweiten Schritt setzt? Diese Woche will er Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkennen.

Die internationale Gemeinschaft hat eine solche Entscheidung bisher vermieden, weil der endgültige Status der Stadt erst in Friedensverhandlungen geklärt werden muss. Und genau einen solchen Plan wollen Trumps Nahostverhandler in wenigen Wochen präsentieren. Aber vielleicht brauchen sie das gar nicht mehr nach

Trumps Jerusalem-Entscheidung, die das Potenzial hat, die gesamte arabische Welt in Aufruhr zu versetzen. Die islamistische Hamas droht bereits mit einer neuen Intifada.

Das Jerusalem-Problem ist komplexer, als man es in einem Tweet beschreiben kann. Die Knesset hat Jerusalem zu Israels ewiger und unteilbarer Hauptstadt erklärt. Aber kein anderer Staat erkennt Jerusalem als Hauptstadt an. Die Palästinenser beanspruchen Ostjerusalem ihrerseits als Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates.

Dass Trump jetzt mit der Brechstange agiert, ist wohl seinem Verständnis, Fakten zu schaffen, geschuldet. Er hat im Wahlkampf die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels versprochen. Aber nach mehr als einem Jahr hätte er mit der Entscheidung in dieser Causa noch warten können, um den Verhandlungen über einen Friedensplan zumindest eine Chance zu geben.

Unerschrocken Ein kurdischer Flüchtling ist auch Reporter.

Von Jean-Martin Büttner

Auf der Insel der Verdammten

Hunger, Hitze, Durst und miserable hygienische Verhältnisse, überfüllte Unterkünfte, fauliges Wasser, Insektenbisse, offene Wunden und Krankheiten, Angriffe der Lokalbevölkerung, systematische Misshandlung durch die Polizei, ethnische Spannungen - so schildert der 34-jährige Flüchtling Behrouz Boochani im «Guardian» die Zustände auf der Insel Manus. Sie gehört zu Papua-Neuguinea, ist 100 auf 30 Kilometer gross und ist eine der vielen Offshore-Zentren, auf denen die australische Regierung Flüchtlinge festgehalten hat - mit Unterbrüchen.

Nachdem die obersten Gerichte von Australien und Papua-Neuguinea zum gemeinsamen Schluss gekommen waren, dass solche Zentren gegen die Verfassung verstiessen, liess man das Lager von Manus Ende Oktober räumen. Mehrere Hundert Gefangene wehrten sich, weil sie eine noch schlechtere Behandlung befürchteten. Sie sollen an einem neuen Ort auf der Insel untergebracht und später ausgeschafft werden.

Am wichtigsten ist die Abschreckung

Australien führt seit Jahren eine harte Flüchtlingspolitik, die von der Australian Labor Party mitgetragen wird. Wer auf dem Wasserweg auf den Kontinent gelangt, hat seine Chance auf einen Asylantrag bereits verwirkt. Stattdessen wird er aufgegriffen und wurde, bis vor kurzem, auf eine der umliegenden Inseln gebracht. Am bekanntesten ist Manus, «die Insel der Verdammten», wie die Flüchtlinge sie nennen. Den australischen Behörden sind solche Klagen recht: Je schlimmer die Nachrichten vor Ort, argumentieren sie, desto abschreckender die Wirkung für alle anderen, die nach Australien flüchten möchten.

Womit die australische Regierung nicht gerechnet hat, ist Behrouz Boochani. Der iranische Kurde wird seit Jahren auf der Insel festgehalten. Aber Boochani ist nicht nur Flüchtling, sondern auch Journalist. Und er schreibt eine Chronik für die australische Ausgabe des «Guardian», die weltweites Aufsehen erregt hat. Boochani hat mit seinem Handy auch schon einen Film über die Zustände auf der Insel gedreht und ist für sein Engagement von Amnesty International ausgezeichnet worden.

Der Reporter stammt aus der kurdischen Provinz Ilan im Iran. Laut Wikipedia hat er in Teheran Politgeografie studiert und dann als Journalist für verschiedene Medien und zu verschiedenen Themen gearbeitet. Er musste im Februar 2013 untertauchen, nachdem iranische Sicherheitsleute das von ihm gegründete kurdische Magazin «Werya» überfallen und mehrere seiner Kollegen verhaftet hatten.

«Du hast unseren Ruf beschädigt»

Im Mai 2013 gelang Boochani die Flucht aus dem Iran. Als er im August versuchte, von Indonesien aus nach Australien zu gelangen, wurde er gefasst und auf die Insel Manus gebracht, wo er seit vier Jahren ausharrt. Am Montag hat der «Guardian» in seiner Hauptausgabe an die australische Flüchtlingskrise erinnert und seinen eingebetteten Journalisten wieder zu Wort kommen lassen.

Boochanis desillusionierte Prosa verdeutlicht, warum es immer noch Journalistinnen und Journalisten braucht. Warum kein Bericht, keine Statistik und kein Luftbild vermitteln kann, was ein Reporter vor Ort sieht, hört, erlebt und mitteilt. In drastischen Sätzen erzählt er vom Hunger, der ihn vom Morgen an umtreibt, der die Leute aggressiv macht, die zusätzlich unter der schwül drückenden Hitze leiden, weil die Generatoren abgestellt wurden. Es kommt zu Schlägereien, die Leute gehen aufeinander los, weil sie es nicht mehr aushalten. «Hier ist die Hölle», schreibt Boochani in seinem Tagebuch.

Natürlich hat er sich mit seinen Kommentaren in Gefahr gebracht. Die Polizei suchte nach ihm, fand ihn und nahm ihn gefangen. Er sei von mehreren Polizisten geschlagen worden, schreibt er. «Du bist schuldig», hätten sie ihm gesagt, «du hast unseren Ruf beschädigt.»

Am selben Tag wurde er aus der Polizeihaft entlassen. Einen so bekannten, so weitherum gelesenen und gehörten, auch die australische Öffentlichkeit aufrüttelnden Journalisten verschwinden zu lassen, vertrauen sich nicht einmal jene, die am liebsten hätten, wenn Behrouz Boochani kein Wort mehr sagen könnte. Noch nicht.